

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Verschundene Personen

Istanbul (spk) Die linksliberale Tageszeitung «Cumhuriyet» (Istanbul) hat Aufklärung über das Schicksal von acht nach ihrer Festnahme durch die Polizei verschwundene Personen gefordert. Nach einem am Dienstag veröffentlichten Bericht gibt es keinerlei polizeiliche Angaben über das Schicksal der zwischen 22 und 36 Jahre alten Türken. Den Familienangehörigen sei auf Anfrage gesagt worden, ihre Vermissten seien nicht bei der Polizei.

Guerillas im Südlibanon

Tel Aviv (spk) Guerillas im Südlibanon haben am frühen Dienstagmorgen israelisches Gebiet mit Raketen beschossen. Nach Radiobereichen kamen keine Menschen zu Schaden, auch Gebäude wurden nicht getroffen. Die Angriffe zwangen die Bewohner des israelischen Teils Westgalileas, die Nacht in Schutzräumen zu verbringen. Die israelischen Sicherheitskräfte haben zur Vergeltung mit Artillerieangriffen gegen Stellungen der Hisbollah begonnen.

Böhm-Hilfswerk in Äthiopien

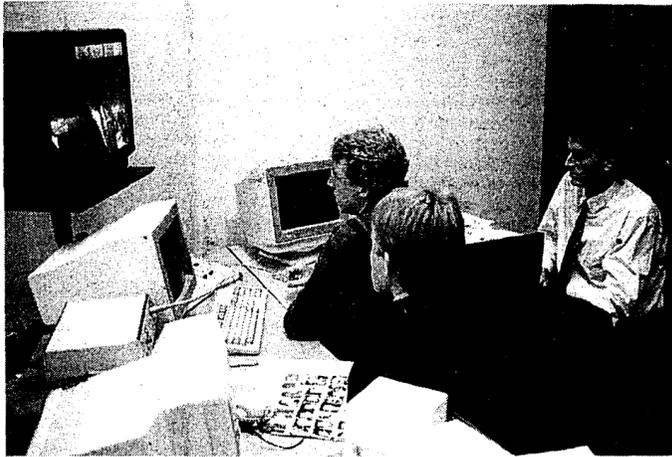
Addis Abeba (spk) Das von dem österreichischen Schauspieler Karlheinz Böhm gegründete Hilfswerk «Menschen für Menschen» hat im Osten Äthiopiens ein Ausbildungszentrum für die Landbevölkerung errichtet.

Welche Zielsetzungen werden mit dem Landeskanal verfolgt?

Interpellation an die Regierung über den Landeskanal, dessen Start verschoben wurde – Ende November sind regelmässige Sendungen geplant

(G. M.) – «Die Regierung misst der Nutzung des Landeskanals im Sinne einer attraktiven und vor allem aktuellen Information auf Landesebene grosse Bedeutung bei.» Dies erklärte die Regierung auf eine Anfrage des FBP-Abgeordneten Louis Gassner im Landtag. Seither hat die Regierung an der Wirklichkeit des Landeskanals gearbeitet, ohne jedoch näher über die Grundsätze und die Finanzierung dieses Kanals zu informieren. Eine FBP-Interpellation, die in der Landtagssitzung dieser Woche an die Regierung überwiesen wird, will nun Auskunft von der Regierung in dieser Angelegenheit.

«Der Landeskanal – das neue Medium», wie die Regierung bisher Werbung für den Fernsehsender machte, sollte eigentlich anfangs November auf Sendung gehen. Die Ereignisse mit der Staatskrise veranlassten die verantwortlichen Kreise jedoch für eine Verschiebung des offiziellen Starts, doch wurde die ausserordentliche Landtagssitzung mit der Abgabe der zwischen Fürst sowie Regierung und Landtag ausgehandelten Kompromissklärung über den Landeskanal übertragen. Schon vorher hatte die FBP-Fraktion mit einer Eingabe erreicht, dass die Grundsatzdebatte über den EWR-Vertrag im September über den Bildschirm empfangen werden konnte. Der Landeskanal erlebte bei der Übertragung dieser mehr als siebenstündigen Debatte und der nachfolgenden Auf-



Der Landeskanal soll seine Sendungen Ende November aufnehmen. Unser Bild zeigt die Landeskanal-Zentrale während der Übertragung der Grundsatzdebatte über den EWR-Vertrag aus dem Landtag. (Bild: Beat Schurte)

zeichnung mit zeitverschobener Ausstrahlung die Feuerprobe.

Was wird damit verfolgt?

Erstmals war damals eine Live-Übertragung aus dem Landtagssaal realisiert worden, doch im Anschluss daran ergaben sich offene Fragen, die nun Gegenstand einer FBP-Interpellation sind. Welche informationspolitischen Zielset-

zungen verfolgt die Regierung mit der Errichtung des Landeskanals, möchten die Abgeordneten von der Regierung wissen. Überdies wird angefragt, ob die Regierung die Programmgrundsätze und die Programmstruktur bereits festgelegt habe und wie der Landeskanal finanziert werde. Aus politischen Erwägungen, um der Regierung nicht ein Instrument in die Hand zu geben, das zur Pro-

paganda für die Regierungspolitik gebraucht werden könnte, wurde die Frage gestellt: Welche Beschlüsse und Reglemente hat die Regierung erlassen, um den persönlichen und sachlichen Zugang zum Landeskanal unter den Gesichtspunkten der Gleichbehandlung und Ausgewogenheit zu gewährleisten?

Informationen für 10 000 Haushalte

Die Regierung sieht den Landeskanal, wie aus den bisherigen Mitteilungen hervorgeht, als neue Dienstleistung für die Öffentlichkeit an. «Ereignisse der Vergangenheit haben deutlich gezeigt», wurde auf eine Anfrage im Landtag ausgeführt, «dass eine direkte und rasche Information der Bevölkerung in besonderen Situationen oder aus aktuellem Anlass ein vordringliches Anliegen der staatlichen Informationspolitik sein muss.»

Die Regierung möchte täglich aktuelle Informationen aus Regierung, Landtag, Fürstenhaus und der Landesverwaltung verbreiten. Zur Verfügung steht ein Vollbild-Durchlaufprogramm und ein Teletext-Programm. Die Verbreitung wird über das Kabelnetz erfolgen, das das Fürstentum Liechtenstein praktisch vollumfänglich abdeckt. Nach Angaben der Regierung können durch dieses neue elektronische Medium rund 10 000 Haushalte rund um die Uhr erreicht werden.

Energiegewinnung: Eine Genossenschaft beschreitet neue Wege

Die «Genossenschaft für die Nutzung der Sonnenenergie in Liechtenstein» informierte über ihre Tätigkeit – Alle können mitmachen

(mö) – Ein halbes Jahr nach ihrer Gründung und nach diversen Vorarbeiten will die «Genossenschaft für die Nutzung der Sonnenenergie in Liechtenstein» (kurz: Solargenossenschaft) jetzt ihr erstes Projekt in Angriff nehmen. Auf dem Dach eines öffentlichen Gebäudes soll eine Solarstromanlage gebaut werden. Die Genossenschaft bietet Interessierten die Möglichkeit, sich an diesem Projekt, dem weitere folgen sollen, zu beteiligen. Der umweltfreundlichen Stromproduktion mittels Solarenergie soll damit zum Durchbruch verholfen werden. Am Montag informierte der Vorstand der Solargenossenschaft über seine bisherige Arbeit und seine Ziele.

Viele Formen der Stromproduktion verschmutzen die Umwelt und bergen unabschätzbare Risiken in sich. Nach Ansicht der Solargenossenschaft Liechtenstein muss das nicht so sein. Die Strom- und Wärmeenergie aus dem Sonnenlicht sei eine der umweltfreundlichsten Energiegewinnungsarten, betonte Vorstandsmitglied Hans Frommelt

an der Presseorientierung. Sie belastet man einmal vom Flächenbedarf für die Kollektoren ab – die Umwelt überhaupt nicht und geschehe völlig lautlos. Die Luft werde nicht verschmutzt, das Klima nicht bedroht.

Sonnenenergiepotential unerschöpflich

Mit einer grossangelegten Plakate-Kampagne (Titel: «Sonne – Energie der Zukunft»), die gestern gestartet und an der Medienorientierung von Michael Goop kurz erläutert wurde, wirbt die Solargenossenschaft in nächster Zeit für ihr grosses Ziel, in Liechtenstein die Gewinnung von Solarenergie zu fördern und Sonnenenergie-Nutzungsanlagen zu realisieren.

«Das Sonnenenergiepotential ist unerschöpflich», heisst es auf dem Plakat, das im Gross- und Kleinformat an öffentlichen Plätzen, in Schulen usw. ausgehängt wird. Laut Solargenossenschaft ist daher die vermehrte Sonnenenergienutzung eine wesentliche Option für unsere kurz- und langfristige Energiever-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Vorstandsmitglieder der vor einem halben Jahr gegründeten Solargenossenschaft informierten über ihre bisherigen Aktivitäten und ihre Ziele. Im Bild von links: Max Thöny, Walter Schädler, Präsident Helmuth Marxer, Vorsteher Hansjakob Falk, Franz Josef Schädler, Vorsteher Xaver Hoch, Michael Goop und Hans Frommelt. (Bild: Beat Schurte)

«SRG-Konkurrenz nicht um jeden Preis»

Bakom Prüfung der Finanzierbarkeit von privaten TV-Projekten

Bern (AP) Das Bundesamt für Kommunikation prüft zurzeit die Finanzierbarkeit von privaten TV-Projekten in der Schweiz und will die Gesuche innert sechs Monaten entscheiden. Eine publizistische Alternative zur SRG sei erwünscht, allerdings «nicht um jeden Preis», sagte Bakom-Chef Marc Furrer. Das Amt habe 250 Strafverfahren wegen illegal verkauften Geräten eingeleitet, plane aber keine «Hexenjagd» auf die Konsumenten.

Gut sechs Monate nach der Eröffnung traten die Verantwortlichen des neuen Bundesamtes für Kommunikation (Bakom) am Dienstag in Bern erstmals vor die Presse. Der Vollzug der neuen Gesetze für die elektronischen Medien und den Fernmeldebereich habe sich überraschend gut angelesen, obwohl derzeit nur 54 von 64 bewilligten Stellen besetzt seien, berichtete Furrer. Zu der in den Brennpunkt gerückten Konzessionierung privater TV-Projekte vertrete

das Bakom folgenden Standpunkt: Gesetzgeber und Bundesrat wollten eine Alternative zur Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), die weiterhin Anrecht auf den ersten Sendekanal haben soll. Die Gesuche der privaten Konkurrenten sollten innert sechs Monaten entschieden sein, ausreichende Unterlagen vorausgesetzt. Gemäss Furrer muss vor allem die Finanzierbarkeit glaubhaft dargelegt werden. Zu den Chancen der Projekte wollte er sich nicht äussern, er meinte lediglich, dass der gedruckte Werbemarkt den Neueinstieg nicht eben erleichtere und allenfalls erst in einigen Jahren ein Privat-TV den Durchbruch schaffe. Eingereicht wurden bislang neben dem Projekt eines zweiten SRG-Programms die Gesuche von «Tell TV», «Finanz-TV» und «ZTV», angekündigt das «Cash TV».

Furrer verteidigte die Haltung des Amtes zum Werbesplittingprogramm von «RTL plus», das ab 1993 ausgestrahlt werden soll.

Abbau der Telefonabhörung

Konzentration der Telefonabhörung auf organisiertes Verbrechen

Bern (AP) Die Telefonabhörung in der Schweiz soll sich künftig auf die Bekämpfung des organisierten Verbrechens konzentrieren und nur bei ausgewählten Straftaten zulässig sein. Dies fordert die GPK des Nationalrates nach einer Kontrolle der Abhörpraxis. Gespräche würden meist zu Fahndungszwecken belauscht, ihre Bedeutung als gerichtliche Beweismittel sei gering. Die GPK schlägt eine Gesetzesänderung vor, die den Schutz Dritter und eine Mitteilungspflicht einschliessen soll.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) schreibt in ihrem am Dienstag veröffentlichten Bericht, dass die Telefonüberwachung von Bund und Kantonen nur in geringer Zahl angeordnet würden und die Praxis der Bundesanwaltschaft den gesetzlichen Rahmen wahre. Allerdings habe sich der Einsatz von der ursprünglichen Zielsetzung des Gesetzgebers entfernt, sei doch die Be-

deutung der Telefonabhörung als gerichtliches Beweismittel gering geblieben. Beachtlich sei der Stellenwert der Abhörpraxis zu Fahndungszwecken der Polizei. Insgesamt stehe die Telefonüberwachung in keinem Verhältnis zu den Befürchtungen, die in Teilen der Bevölkerung gehegt würden, schreibt die GPK. Seit 20 Jahren sei die Anzahl stark zurückgegangen. 1991 wurden gemäss GPK von der Bundesanwaltschaft 32 Abhörungen angeordnet, kantonale Behörden erliessen 574mal diese Massnahme. Auf Bundesebene wurde vor allem im Zusammenhang mit den Delikten Nachrichtendienst gegen die Schweiz, Betäubungsmittelhandel und Sprengstoffdelikte mit dieser Massnahme ermittelt, auf kantonaler Ebene vor allem wegen Betäubungsmitteldelikten. Obwohl der Rahmen des geltenden Rechts soweit ersichtlich stets eingehalten worden sei, befriedigte die heutige Praxis nicht.

Stabiler Franken auch im EWR vorrangig

Basel (AP) Ein stabiler Franken ist die zentrale Säule des Finanzplatzes und damit für die Schweizerische Nationalbank (SNB) auch bei verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Europa vorrangiges Ziel. Wie SNB-Chef Markus Lusser am Dienstagabend in Basel weiter sagte, sind beim EWR-Beitritt der Schweiz Lohndruck und Entlassungen in geschützten Branchen nicht auszuschliessen.

«Die Preisstabilität ist der beste Nährboden für eine Wirtschaft, die langfristig prosperieren soll», erklärte der Präsident des Nationalbank-Direktoriums laut seiner vorab veröffentlichten Grussadresse anlässlich der Einweihung des neuen Devisenhandelszentrums des Schweizerischen Bankvereins. Sie sei Voraussetzung für die Erhaltung der internationalen Bedeutung des Frankens, von der der Finanzplatz in hohem Masse profitiere. Die Schweiz behalte im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) die Möglichkeit, autonom jene Geldpolitik zu betreiben, die ihren Zielen am besten diene. Die Nationalbank werde «auch nach der Ratifizierung des EWR-Vertrages ihre Politik mit aller Entschlossenheit, die ihr in den letzten Monaten sogar von einzelnen prominenten Bankiers zum Vorwurf gemacht wurde, ganz in den Dienst der Preisstabilität stellen», sagte Lusser.

Sein Ja zum EWR «wächst nicht aus einer – im Vorfeld der Abstimmung gelegentlich naiv gepredigten – emotionalen Europabegeisterung», wie der Notenbankchef weiter sagte. Es resultiere aus einem nüchternen Abwägen der Vor- und Nachteile.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan

Clementina
1 kg Fr. 1.90

Kartoffeln
2,5 kg Fr. 2.70

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.